



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 16.03.2016, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Vorstellung des Stadtverbandstrainers Fußball
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Dahler** (Fachbereich Sport und Gesundheit) und Herr **Prof. Dr. Knecht** (Erster Vorsitzender des Stadtverbands für Sport Ludwigsburg e.V.) führen in das Thema ein.

Anschließend stellt sich Herr **Teufel**, der neue Stadtverbandstrainer für Fußball, vor und erläutert dem Gremium anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigefügt ist, die geplanten Projekte und Maßnahmen für den Fußballsport in Ludwigsburg.

Stadtrat **Meyer** findet die präsentierten Maßnahmen sehr gut. Er lobt zudem die Bemühungen, Flüchtlinge durch den Fußball zu integrieren. Der Sport sei schließlich ein wichtiger Faktor der Teilhabe.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sagt, das Motiv des Stadtverbandstrainers werde auch in anderen Kommunen sehr positiv gesehen und gelobt. Es sei richtig gewesen, Herrn Teufel einzustellen. Sie hebt insbesondere die angebotene Trainerausbildung und die Flüchtlingsarbeit durch den Sport hervor.

Stadtrat **von Stackelberg** ist überzeugt, dass auch im Breitensport professionellere Wege eingeschlagen werden müssen. Insbesondere die Trainerausbildung sei ein wichtiger Schritt in dieser Richtung. Stadtrat von Stackelberg fragt, ob aus Sicht von Herrn Teufel mittelfristig eine Steigerung des Leistungspotenzials möglich sei. Zudem möchte er wissen, ob dem neuen Stadtverbandstrainer Widerstände der Vereine bei der Kooperation aufgefallen seien.

Auch Stadtrat **Weiss** und Stadtrat **Heer** loben die engagierte Arbeit von Herrn Teufel.

Herr **Teufel** versichert, dass ihm die Kooperation mit den Sportvereinen in der Stadt ein wichtiges Anliegen sei. Diese versuche er durch den regelmäßigen Austausch und durch reguläre Besprechungstermine zu forcieren.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Für den Bau eines Brunnens am neu erstellten Kunstrasenplatz erhält der Hockey Club Ludwigsburg 1912 e. V. einen weiteren Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro (insgesamt 23.000 Euro, da 8.000 Euro bereits ausgezahlt wurden).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Dziubas

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorlage und eröffnet sofort die Aussprache.

Stadtrat **Köhle** sagt, dass der zusätzliche Zuschuss, der nun gefordert werde, eine Reihe von Fragen aufwerfe. Wie konnte man sich so sehr in der Tiefe des Brunnens verschätzen? Könne der Zuschuss über Regress vermindert werden? Wie nachhaltig seien die gebohrten 99 Meter und wie lange könne das Wasser genutzt werden? Sei der sinkende Grundwasserspiegel bei der Bohrung berücksichtigt worden? Zudem möchte Stadtrat Köhle wissen, in wie weit die Verwaltung in der Bohrung involviert gewesen war.

Stadtrat **von Stackelberg** spricht ebenfalls von sehr hohen Kosten. Seiner Meinung nach seien für den HCL oft Ausnahmeregelungen beschlossen worden. Dies könnte andere Sportvereine dazu verleiten, sich von der Stadt ungleich behandelt zu fühlen. Laut Stadtrat von Stackelberg sei man in der SPD-Fraktion unentschieden, wie man sich in diesem Fall verhalten soll. Seines Wissens sei der Kunstrasenplatz des HCL der einzige in der Stadt, der durch eine Tiefenbohrung bewässert werden müsse.

Stadtrat **Weiss** kündigt die Zustimmung der Freien Wähler zu einem weiteren Zuschuss an.

Stadtrat **Heer** könnte sich vorstellen, dass der Verein die geforderte zusätzliche Summe aus eigenen Mitteln finanziere. Schließlich würden künftig aufgrund der Tiefbohrung keine Wassergebühren anfallen.

Herr **Dahler** (Fachbereich für Sport und Gesundheit) erklärt, dass der HCL durchaus eigene Finanzmittel investiert habe, sowohl für den neuen Kunstrasenplatz als auch für den Brunnen. Hockey müsse immer im nassen Rasen gespielt werden. Deshalb habe man entschieden, das Wasser hierfür aus einem Brunnen zu entnehmen und kein Trinkwasser zu verwenden. Der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen sei nach Aussage von Herrn Dahler erstaunt gewesen, dass der Brunnen letztendlich so tief gebohrt werden musste.

Stadtrat **Köhle** stellt für die CDU-Fraktion folgenden mündlichen Antrag: *„Für den Bau eines Brunnens am neu erstellten Kunstrasenplatz erhält der Hockey Club Ludwigsburg 1912 e. V. einen*

weiteren Zuschuss in Höhe von 7.500 Euro (also 50% weniger als im Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 024/16 angegeben)“.

EBM **Seigfried** lässt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Die Abstimmung erfolgt offen. Der Änderungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag, wie in der Vorl.Nr. 024/16 formuliert, abgestimmt.

Abweichender Beschluss:

1. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt die „Richtlinien zur Förderung von Baumaßnahmen von Kindertageseinrichtungen in Ludwigsburg“ wie in der Anlage beigefügt.
2. Abweichend hiervon werden Baumaßnahmen bei Kindertageseinrichtungen, die sich auf der Prioritätenliste Vorl.Nr. 280/15 befinden, sowie anstehende Erweiterungsmaßnahmen in der Kindertageseinrichtung in der Beethovenstraße mit einem Fördersatz von 85% der anerkannten Baukosten unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

Im Laufe der Beratung äußern die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion den Wunsch, dass Kindertageseinrichtungen, die sich auf der Prioritätenliste Vorl.Nr. 280/15 befinden, sowie explizit die Kindertageseinrichtungen in der Theurerstraße und in der Beethovenstraße bei ihren anstehenden Baumaßnahmen mit einem Fördersatz von 85% der anerkannten Baukosten unterstützt werden.

EBM **Seigfried** lässt das Gremium über diesen Änderungsvorschlag abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Änderungsvorschlag wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Anschließend wird über die „Richtlinien zur Förderung von Baumaßnahmen von Kindertageseinrichtungen in Ludwigsburg“ und über den gewünschten Änderungsvorschlag gemeinsam abgestimmt.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (Fachbereich Bildung und Familie) führt in den Sachverhalt ein.

Laut Stadtrat **Meyer** wünsche sich die CDU-Fraktion eine Trägervielfalt bei den Kindertageseinrichtungen in der Stadt. Es sei richtig und wichtig, eine klare Regelung für alle Freien Träger zu schaffen. Wo genau die Prozentsätze der Förderung liegen müssen, dafür gebe es unterschiedliche Betrachtungsweisen. Bei Sanierungsmaßnahmen werde die Gewährung eines Zuschusses von 80% der Kosten eher akzeptabel sein. Bei Neubauvorhaben werden vermutlich die Träger, die bisher höhere Förderung bekommen haben, eine Verschlechterung erfahren. Es sei ein sensibles Thema, wie weit die Förderbeträge verringert werden können ohne bei den Partnern, die gebraucht werden, Desinteresse für weitere Maßnahmen und Investitionen zu provozieren. Sollte dieser Fall eintreten, müsste die Stadt 100% der Kosten übernehmen. Die CDU-Fraktion trage die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 80% zur Finanzierung von Neubau-, Umbau,

Anbau- und Sanierungsmaßnahmen mit. Allerdings unter der Voraussetzung, dass die Kindertageseinrichtungen in der Theurerstraße und in der Beethovenstraße bei ihren anstehenden Baumaßnahmen mit einem Fördersatz von 85% der anerkannten Baukosten unterstützt werden. Den Trägern dieser beiden Einrichtungen habe man bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine finanzielle Unterstützung mit einem Fördersatz von 85% bei ihrer Entwicklung zugesagt.

Stadtrat **Kasdorf** teilt die Zustimmung der Grünen-Fraktion mit.

Stadtrat **Daferner** weist darauf hin, dass die Stadt Ludwigsburg zunehmend attraktiver für junge Familien werde. Diese Tatsache werde auch künftig den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen notwendig machen. Diesen müsse die Stadt finanziell fördern. Die Höhe der Förderung spiele für die Freien Träger eine wichtige Rolle, insbesondere wenn es um Neubaumaßnahmen geht. Die SPD Fraktion trage die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 80% zur Finanzierung von Neubau-, Umbau-, Anbau- und Sanierungsmaßnahmen mit. Die Kindertageseinrichtungen in der Theurerstraße und in der Beethovenstraße sollen jedoch bei ihren anstehenden Baumaßnahmen mit dem schon vereinbarten Fördersatz von 85% unterstützt werden.

Für Stadtrat **Dengel** stellen sich bei der Förderung lediglich zwei Fragen: a) Wie hoch werden die Ausgaben insgesamt für die Stadt sein? b) Woher sollen die Mittel kommen?

Nach Ansicht von Stadtrat **Heer** mache die starke Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen bei gleichzeitiger nicht ausreichender staatlicher Förderung eine Anpassung des Eigenanteils der Freien Träger bei diversen Sanierungs- und Baumaßnahmen erforderlich. Entsprechend den Vereinbarungen im Rahmen des Kindergartenvertrags beteilige sich die Stadt Ludwigsburg finanziell an den laufenden Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen verschiedener Träger, und zwar fast zu 100%. Wenn neue Kosten hinzukämen, wäre es angemessen, kirchliche, gewerbliche und sonstige Träger von Kindertageseinrichtungen daran zu beteiligen. Eine Eigenbeteiligung der Träger in Höhe von 20% der Gesamtkosten hält Stadtrat Heer für angemessen.

Frau **Schmetz** erklärt bei dieser Gelegenheit, dass die Kindertageseinrichtung in der Beethovenstraße mit einem provisorischen Modulbau erweitert worden sei. Diese Erweiterung sei anschließend um 5 Jahre verlängert worden. Im Zuge der Entwicklungen im Bereich Sportpark Ost werde intensiv darüber diskutiert, wie diese bauliche Erweiterung nachhaltig gestalten werden könne.

EBM **Seigfried** stellt abschließend klar, dass mit Zustimmung des vorliegenden Beschlusses eine Regelung geschaffen wäre, auf der sich künftig die Stadtverwaltung bei Gesprächen mit Freien Trägern berufen könnte. Die Richtlinien zur Förderung von Baumaßnahmen in Kindertageseinrichtungen können selbstverständlich, wie andere Richtlinien auch, geändert werden. Dies würde jedoch Schwierigkeiten gegenüber Dritte machen. Künftige Investitionen bei Kindertageseinrichtungen Freier Träger würden ohnehin auf die Prioritätenliste für Bauvorhaben landen und nach einer bestimmten Reihenfolge in Angriff genommen werden. Der heute gefasste Beschluss würde an der Prioritätenliste nichts verändern. Darüber hinaus verbleibe jede Steuerungsmöglichkeit weiterhin beim Gemeinderat.

Anlässlich der hervorgebrachten Änderungshinweise von der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion schlägt EBM **Seigfried** folgenden Änderungsvorschlag als Erweiterung des in der Vorl.Nr. 067/16 formulierten Beschlusses: „*Abweichend hiervon werden Baumaßnahmen bei*

Kindertageseinrichtungen, die sich auf der Prioritätenliste Vorl.Nr. 280/15 befinden, sowie

TOP 3

Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen
von Kindertageseinrichtungen in Ludwigsburg

Vorl.Nr. 067/16

anstehende Erweiterungsmaßnahmen in der Kindertageseinrichtung in der Beethovenstraße mit einem Fördersatz von 85% der anerkannten Baukosten unterstützt“.

EBM **Seigfried** lässt das Gremium über diesen Änderungsvorschlag offen abstimmen. Der Änderungsvorschlag wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Anschließend wird über die „Richtlinien zur Förderung von Baumaßnahmen von Kindertageseinrichtungen in Ludwigsburg“ und über den gewünschten Änderungsvorschlag gemeinsam abgestimmt.

Abweichender Empfehlungsbeschluss:

1. Die Werkrealschulen Justinus-Kerner-Schule und Oststadtschule I werden ab 01.08.2016, zum Schuljahr 2016/17 zusammengelegt und rechtlich als eine Schule unter dem Namen Justinus-Kerner-Schule am Standort Berliner Platz 2 weitergeführt.
2. Die Justinus-Kerner-Schule soll umgewandelt werden zu einer *mindestens 2-zügigen* Gemeinschaftsschule. Der Antrag auf Umwandlung wird für das Schuljahr 2017/18 gestellt. Die Stadt Ludwigsburg erklärt sich bereit, die für eine Gemeinschaftsschule erforderlichen räumlichen und sächlichen Ressourcen bereitzustellen.
3. Der Grundsatzbeschluss für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen mit einer Mindestgröße von 3 Zügen (Vorlage 319/12) *wird aufgehoben*.

Abstimmungsergebnis:

EBM **Seigfried** lässt über die einzelnen Punkte des abweichenden Empfehlungsbeschlusses separat abstimmen.

Zunächst wird über Punkt 3 abgestimmt. Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Anschließend wird über Punkt 1 abgestimmt. Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Als letztes wird über Punkt 2 abgestimmt. Auch diese Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Wittmann** (Fachbereich Bildung und Familie) erläutert den Sachverhalt anhand der Vorl.Nr. 068/16.

EBM **Seigfried** berichtet, dass in der gestrigen Sitzung des Stadtteilausschusses Eglosheim der Wunsch nach einer weiterführenden Schule im Ortsteil geäußert wurde. Selbst wenn die Entscheidung getroffen werde, dass eine Gemeinschaftsschule auch mit zwei Zügen in Ludwigsburg funktionieren könne, stelle sich die Frage, ob eine zweizügige Gemeinschaftsschule in Eglosheim zu Stande kommen könnte. Darüber hinaus stelle sich die Frage, ob eine zweizügige Gemeinschaftsschule in der Konkurrenz zu den sehr ausdifferenzierten Schulen in der Stadt lebensfähig zu halten wäre.

Nach Eröffnung der Aussprache sagt Stadtrat **Meyer**, dass Ludwigsburg in den letzten Jahren einen starken Bevölkerungsanstieg erfahren habe. Obwohl dieser besonders im Osten der Stadt spürbar sei, habe er wichtige Auswirkungen bis in die Innenstadt hinein. Stadtrat Meyer kündigt an, dass die CDU-Fraktion den ersten Punkt des Beschlussvorschlags zustimmen werde. Punkt zwei werde die Fraktion mehrheitlich zustimmen. Der Grund hierfür sei, dass einige Fraktionsmitglieder weiterhin nicht von dem Konzept der Gemeinschaftsschule allgemein überzeugt seien. Diese werden sich der Stimme enthalten. Den dritten Punkt des Beschlussvorschlags lehne die CDU-Fraktion ab. Sie sei der Meinung, dass der Hirschbergschule in Eglosheim die Entwicklungsmöglichkeit zu in einer zweizügigen Gemeinschaftsschule mit dem Beschluss der Dreizügigkeit verwehrt werde. Die Hirschbergschule sei darüber hinaus hervorragend mit dem gesellschaftlichen Umfeld im Ortsteil vernetzt. Die CDU-Fraktion könne sich gut vorstellen, dass auch bei einer Zweizügigkeit mit der bestehenden guten Vernetzung ein sehr gutes Bildungsangebot geschaffen werden könnte. Die Fraktion würde aus diesen Gründen gerne zuvor über den von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag Vorl.Nr. 520/15 abstimmen. Mit der Entscheidung einer möglichen zweizügigen Alternative würde man ein klares Signal in den Ortsteil Eglosheim hinein geben, dass eine Möglichkeit eröffnet werden soll.

Stadtrat **Kasdorf** kündigt an, dass die Grünen den ersten und zweiten Punkt des Beschlussvorschlags zustimmen werden. Beim dritten Punkt sei die Fraktion gespalten und werde nicht einheitlich abstimmen.

Stadtrat **von Stackelberg** sagt, dass die SPD-Fraktion die Punkte eins und zwei des Beschlussvorschlags zustimmen werde. Er bemerkt, dass der Antrag der SPD-Fraktion eine zweizügige weiterführende Schule in Eglosheim ermöglichen würde. Die Dreizügigkeit sollte deshalb bei Punkt zwei und drei des Beschlussantrags herausgenommen werden.

Stadträtin **Moersch** signalisiert, dass die Freie Wähler-Fraktion die Punkte eins und zwei des Beschlussvorschlags zustimmen werde. Die Justinus-Kerner-Schule sei laut Stadträtin Moersch der richtige Standort für eine Gemeinschaftsschule, insbesondere wenn man an die Aufsiedlung in der Fuchshofstraße denke. Dennoch habe der Standort auch gewisse Nachteile vorzuweisen, beispielsweise die notwendig werdende Verlagerung der Grundschule in die Danziger Straße,

veränderte Schulwege für die Schülerinnen und Schüler, aber auch bauliche Maßnahmen, die dringend würden. Den veränderten Schulweg hält Stadträtin Moersch für zumutbar. Er wäre innerhalb des Rahmens, den man Kindern zutrauen könne. Die baulichen Maßnahmen seien für die Freien Wähler noch nicht geklärt. Die Hirschbergschule bezeichnet Stadträtin Moersch als eine großartige Schule. Der Stadtteil Eglosheim engagiere sich für diese Schule und möchte sie erhalten. Vor diesem Hintergrund würde die Fraktion der Freien Wähler bitten, den Punkt drei des Beschlussvorschlags aus der Vorl.Nr. 068/16 raus zu nehmen und spätestens in der übernächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales gemeinsam mit den neuen Schüler-Anmeldezahlen zu beraten. Die Anmeldezahlen seien ein sicheres Indiz, wie die Schule angenommen und frequentiert werde.

Stadtrat **Heer** erklärt sich bereit Punkte eins und zwei des Beschlussvorschlags zuzustimmen. Bei Punkt drei schließt er sich dem Vorschlag der Freien Wähler an.

Wenn man der Hirschbergschule in Eglosheim Planungssicherheit geben möchte, müsse man laut Stadtrat **Link** einen Beschluss zur Errichtung von Gemeinschaftsschulen mit einer Mindestgröße von zwei Zügen fassen. Das würde den Eltern auch signalisieren, dass es mit dieser Schule weiter gehen werde.

Stadtrat **von Stackelberg** bemerkt, dass der Gemeinderat zwar ein bestimmtes Bildungsangebot zur Verfügung stellen könne, aber die Entscheidung würden nach wie vor die Eltern mit ihrer Schulwahl treffen. Zunächst müsse der Bedarf da sein, erst dann könne man beschließen, ob in Eglosheim eine Gemeinschaftsschule errichtet werde. Stadtrat von Stackelberg plädiert dafür, bei der Beschlussvorlage zu bleiben.

Laut EBM **Seigfried** ergebe sich aus der Diskussion das deutliche Anliegen, durch eine Entscheidung die Eingangsvoraussetzungen für eine zweizügige Gemeinschaftsschule zu schaffen. Entsprechend schlägt er vor Punkt drei des Beschlussvortrags wie folgt zu ändern: *„Der Grundsatzbeschluss für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen mit einer Mindestgröße von 3 Zügen (Vorlage 319/12) wird aufgehoben“*. Entsprechend müsste die Zweizügigkeit auch für die Justinus-Kerner-Schule gelten und Punkt 2 des Beschlussantrags in diesem Sinne geändert werden. EBM Seigfried lässt zunächst über Punkt drei abstimmen. Anschließend wird separat zunächst über Punkt eins und dann über Punkt zwei des Beschlussvorschlags abgestimmt.

TOP 4.1

Aufhebung des Beschlusses zur Einrichtung von
Gemeinschaftsschulen mit einer Mindestgröße von
3 Zügen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2015

Vorl.Nr. 520/15

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Beschluss zur Vorl.Nr. 068/16 erledigt.

TOP 5

Vorstellung des Projektes offene Bürgerschule
Hirschbergschule
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Danner**, der Konrektor der Hirschbergschule, stellt das Projekt „Offene Bürgerschule Hirschbergschule“ anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll beigefügt ist.

Laut EBM **Seigfried** habe die Stadt aus zwei Gründen dieses Projekt unterstützt. Zum einen passe es sehr gut zu Eglosheim und zu der engen Vernetzung, die es dort an verschiedenen Stellen gebe. Zum anderen sei dies eine Form von Eltern-/Bürgerbeteiligung, die über das Maß eines Elternbeirats hinausgehe und sich in einer Bürgerkommune sehr gut einfüge. Einen besonderen Mehrwert erhalte das Projekt durch die Kooperation der Stadt mit der pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Künftig werde man im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales regelmäßig über den Projektverlauf berichten.

Das Gremium nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beschlussempfehlung :

Der Schulbeirat wird im Bereich der institutionellen Vertreter um ein Mitglied von dem Elternbeirat der Gemeinschaftsschule erweitert. Insgesamt hat der Schulbeirat dann 26 Mitglieder.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorlage 070/16 und stellt diese sofort zur Abstimmung, weil kein Sachvortrag der Verwaltung und keine Aussprache gewünscht werden.

Beschluss:

Die Spende der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH, 71636 Ludwigsburg zugunsten der Bürgerstiftung Ludwigsburg in Höhe von 10.000 Euro wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorlage 052/16 und stellt diese sofort zur Abstimmung, weil kein Sachvortrag der Verwaltung und keine Aussprache gewünscht werden.